

Bündner Konzessionsgemeinden bangen um die Zukunft der Wasserkraft

Die aktuelle Situation auf dem Energiemarkt führt dazu, dass grosse Wasserkraftprojekte zurückgestellt oder aufgegeben werden. Jüngstes Beispiel ist die Ankündigung der Repower AG, die Realisierung des 2,5 Milliarden Schweizer Franken schweren Pumpspeicherkraftwerks Lago Bianco hinauszuschieben. Damit kommen auch die Gemeinden unter Druck. Ihnen fehlen die Einnahmen aus den Wasserrechtsverleihungen. Die IG Bündner Konzessionsgemeinden zeigt sich besorgt und erwartet von der nationalen Politik Gegensteuer.

Weil zurzeit und bis auf weiteres hoch subventionierter Strom aus dem Ausland günstig und unter den Gestehungskosten der Wasserkraftwerke auf den Markt drängt, kommt es bereits seit einiger Zeit zu massiven Marktverzerrungen. Bei den heutigen Mechanismen besteht die Gefahr, dass anstatt der Atomenergie letztlich der Wasserkraft der „Hahn zugedreht“ wird. Investitionsentscheide für Wasserkraftwerke grösser als 10 MW Bruttoleistung werden in dieser höchst unsicheren Zeit keine gefällt. Das ist, zumindest vorläufig, beim internationalen Gemeinschaftskraftwerk Inn (GKI) zwischen Martina im Unterengadin und Prutz im Tirol als auch beim rein Bündner Projekt Lago Bianco der Repower AG der Fall. In beiden Fällen haben die betroffenen Konzessionsgemeinden die Konzessionen erteilt, der Baubeginn wurde aber aus finanziellen Gründen hinausgeschoben. Beim 600 Millionen Projekt Gemeinschaftskraftwerk Inn hängt die Realisierung u.a. auch davon ab, inwieweit die Massnahmen zur Bewältigung der Schwall- / Sunkproblematik durch die Swissgrid finanziell abgegolten werden. An eine Realisierung des 2,5 Milliarden schweren Pumpspeicherkraftwerks Lago Bianco ist bei den aktuellen Verhältnissen auf dem Strommarkt ohnehin nicht zu denken. Damit lassen sich die von den Gemeinden verhandelten Einnahmen in Millionenhöhe nicht realisieren; ein Umstand, welcher der Interessengemeinschaft Bündner Konzessionsgemeinden (IBK) grosse Sorge bereitet. „Normalerweise ist es unsere Aufgabe, aus den Konzessionsverhandlungen möglichst viel für die Gemeinden herauszuholen. Wenn aber die Projekte gar nicht realisiert werden, nützt auch gutes Verhandeln nichts. Wir sitzen aktuell nicht auf der Gegenseite, sondern auf der gleichen Seite wie die Kraftwerksgesellschaften“, konstatiert Not Carl, der Präsident der IBK.

Für die IBK ist klar, dass die Schweiz auf die deutsche Energiepolitik keinen Einfluss nehmen kann. Daher müssen gemäss Carl dringend Lösungen gesucht werden, wie die heimische Wasserkraft in der aktuellen Situation überleben kann. Dies könnte beispielsweise mittels Subventionen oder zinslosen Darlehen für die systemrelevante Wasserkraft geschehen. Gleichzeitig muss aber die Schweiz von den Fehlern der Deutschen lernen und das aktuelle Fördermodell rasch möglichst in ein marktnahes Modell umbauen. Not Carl ist überzeugt: „An einem Umbau des heutigen Systems müssten auch die Umweltorganisationen interessiert sein, denn aktuell werden nur kleinste und kleine Werke gebaut, was der Umwelt eher abträglich ist. Viel mehr Sinn würde eine Investition in bestehende Werke oder in neue Grossanlagen machen“.

Da der Kanton von dieser Entwicklung gleichermassen negativ betroffen ist, sucht die IBK gemäss Carl den Schulterchluss mit dem Kanton. Auch mit den Bündner Parlamentariern in Bern soll das Gespräch gesucht werden, haben sie es doch in der Hand, für die Bündner Wasserkraft die richtigen Akzente zu setzen. Ebenso soll der Kontakt mit den Umweltorganisationen intensiviert werden, fehlt doch bei einer Nichtrealisierung von Grosswasserkraftwerken auch Geld für umweltspezifische Ersatzmassnahmen.

Scuol, 2.1.2014 / NC

Für Rückfragen:

Not Carl, Scuol, Präsident IG Bündner Konzessionsgemeinden, 079 407 56 41